

8. STAGFLATION oder das Ende des Goldenen Zeitalters

1. Der Weg in die Wirtschaftskrise

Die Phase der Entspannungspolitik ist untrennbar verbunden mit einer grundlegenden Entwicklung, deren Auswirkung uns noch heute direkt betreffen: dem Ende des goldenen Zeitalters auf wirtschaftlichem Gebiet. Von den späten 40er Jahren bis gegen Ende der 60er Jahre hatte der Westen, also die USA, Westeuropa und Japan eine Epoche enormen Wachstums und nie gekannter Prosperität erlebt. Vor allem die erste Hälfte der 60er Jahre gab trotz aller politischen Probleme Anlass zu wirtschaftlichem Optimismus. Auch wenn die Wachstumszahlen nach dem weitgehend abgeschlossenen Wiederaufbau naturgemäss nicht mehr ganz so spektakulär waren, so schien es doch beständig weiter aufwärts zu gehen. Der Wohlstand der Bevölkerung vermehrte sich nach wie vor, und der Durchbruch zur Konsumgesellschaft war fast überall erreicht. Die Arbeitslosenzahlen waren vielerorts lächerlich niedrig, die Inflationsraten gering, und das Realeinkommen stieg ständig. Das Modell des sozialen Kapitalismus hatte sich glänzend bewährt. Der Wohlfahrts- oder Sozialstaat war überall mehr oder weniger stark entwickelt worden und wuchs weiter. Dadurch verbesserte sich die allgemeine Kaufkraft auch der unteren Schichten, sodass die Inlandsmärkte glänzend funktionierten und die internationale Konjunktur weiter gefördert wurde.

Auch wenn zu diesem Zeitpunkt Sozialdemokraten nur in wenigen Ländern regierten, so kann man doch von der Durchsetzung des sozialdemokratischen Modells sprechen: Förderung des Realeinkommens der Mittel- und Unterschichten aus den Gewinnen konstanten Wirtschaftswachstums. Harte Klassenkämpfe um die Umverteilung des vorhandenen Reichtums konnten auf diese Weise vermieden werden. Überhaupt war es ein Kennzeichen des Goldenen Zeitalters, dass die Klassenkampffronten früherer Jahrzehnte abgebaut wurden. Dies war ja auch das erklärte Ziel aller westlichen Regierungen und der meisten Oppositionsparteien, denn den Kommunisten sollte auf diese Weise der Boden entzogen werden.

Das für eine derartige Konsenspolitik notwendige Wirtschaftswachstum ging auf den Ausbau des Welthandels, Produktivitäts- und Produktionssteigerungen in Landwirtschaft und Industrie, sowie eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte durch staatliche Eingriffe und der Orientierung am Dollar als Leitwährung zurück. Im industriellen Bereich hatte sich bei den führenden Wirtschaftsnationen eine Mischung aus Schwer- und Leichtindustrie herausgebildet, die trotz einsetzender Automatisierung Arbeitsplätze schuf. Mächtige Kohle- und Stahlbereiche standen einer

gewaltig expandierenden Konsumgüter-, Maschinenbau-, Chemie- und Elektroindustrien gegenüber. Die Zuwachsraten in der Automobilindustrie erreichten schon legendäre Ausmaße. All dies wurde durch äußerst niedrige Energiepreise unterstützt, denn Erdöl war spottbillig.

Aber Wirtschaftsprozesse sind dynamisch und im höchsten Masse komplex. Dies erfordert dauernde Anpassungsprozesse von Staat, Gesellschaft und wirtschaftl. Strategien. Aufmerksame Beobachter von wirtschaftlichen Wandlungsprozessen werden allerdings immer wieder mit Erstaunen feststellen, wie wenig die Menschen im Grossen und im Kleinen bereit sind umzudenken und wie leichtfertig sie sich auf die ewige Fortdauer einmal eingeschlagener Trends verlassen. Dabei hält keine Konjunktur unbegrenzt. Die polit. Führungen des Westens verliessen sich in den 60er Jahren aber auf unbegrenztes Wirtschaftswachstum. Notwendige strukturelle Anpassungen wurden dabei ebenso verschlafen wie ein immer hemmungsloseres "deficit spending" als Problemlösungsstrategie um sich griff, da man bei konstantem Wachstum damit rechnete, die aufgehäuften Schulden schon bald durch gesteigerte Steuereinnahmen abtragen zu können. "If you have a problem - throw money at it", war in den USA längst zur Maxime der Regierungspolitik geworden. Zudem ist langfristiges Denken in Wirtschaft und Politik unterentwickelt. Unternehmer und Aktionäre sind an schnellen Profiten interessiert, während Politiker zumeist nur bis zur nächsten Wahl denken. So stehen Flickschustereien und kurzfristiger Aktivismus allzu häufig anstelle von grundlegender Analyse und vorausschauender Planung. Die Symptome heraufziehender Strukturprobleme werden daher häufig übersehen oder verdrängt.

Dabei zeigte die glitzernde Fassade des Goldenen Zeitalters ab Mitte der 60er Jahre bereits bedenkliche Risse. Zuerst erwischte es ausgerechnet das Musterland des Wirtschaftswunders, die BRD. Hier waren alle wirtschaftl. Bereiche relativ gleichmässig gewachsen. Doch ab 1965 stellte sich heraus, dass die Kohle- und Stahlindustrie in eine schwere Strukturkrise geriet. Vor allem die Steinkohle war im Vergleich zum billiger produzierenden Ausland und besonders gegenüber dem Erdöl kaum noch konkurrenzfähig. Entlassungen, Streiks und Demonstration an Ruhr und Saar waren die Folgen. Die Regierung Erhard reagierte zu spät und geriet zudem nun in eine fiskalische Zwickmühle, da die notwendigen Strukturreformen staatliche Subventionen zur sozialen Abfederung verlangten, während die sorglose Ausgabenpolitik ohnehin schon für ein nicht unerhebliches Defizit gesorgt hatte. Als nun, wegen der Wirtschaftsflaute die erhofften Zusatzeinnahmen ausblieben, druckte der Staat mehr Geld, machte noch mehr Schulden, was die Zinsraten erhöhte, die Konjunktur weiter bremste und die Inflation anheizte. Westdeutschland erfuhr damit zum ersten Mal Ansätze jenes Syndroms, das schon bald für die internationale Wirtschaftslage typisch

wurde: STAGFLATION.

Über diese Krise zerbrach die christlich-liberale Koalition, und die SPD trat in eine grosse Koalition ein, was einen wesentlichen Grundstein für die bald einsetzende Entspannungspolitik legte. Immerhin bekamen die neue Regierung und ihre sozial-liberale Nachfolgerin die Krise einigermaßen in den Griff, sodass bis 1973 noch einmal eine Scheinblüte herrschte.

Düsterer sah es in GB aus. Nach dem 2.WK hatten dort die Wachstumsraten immer im Schnitt deutlich unter denen des westeurop. Kontinents gelegen. Bis Anfang der 60er Jahre ging es zwar auch in GB aufwärts. Doch erlangte das Land seine einst international führende Stellung nie mehr zurück. Die veralteten und verkrusteten Industriestrukturen erwiesen sich ebenso als Hemmschuh, wie die Kapitalknappheit. Seit Mitte der 60er Jahre stagnierte die Wirtschaft, während das Pfund unter erheblichen Druck geriet. Im November 1967 musste die Labour-Regierung Wilson das Pfund um 14,3% abwerten und anschliessend einen Miar-Kredit beim IWF aufnehmen. Diese Beleidigung des brit. Nationalstolzes wurde durch drastische Sparmassnahmen und die Ankündigung vom Januar 1968, alle Truppen östl. von Suez abzuziehen und damit den Rest des arg ramponierten Weltmachtanspruchs aufzugeben, weiter verschlimmert. Kein Wunder daher, dass Labour 1971 die Unterhauswahlen verlor und die Tories unter dem gemässigten PM Edward Heath die Regierung übernahmen.

Wie ein Hammerschlag traf das Ende des Goldenen Zeitalters jedoch die USA. Zunächst einmal wirkten sich die Kosten des Vietnamkrieges negativ aus. Die Johnson-Administration hatte sich aus durchsichtigen innenpolitischen Gründen geweigert, den ohnehin schon unpopulären Krieg auch noch durch Steuererhöhungen zu finanzieren. So erreichte das Defizit des Bundes im Jahre 1968 über \$ 24 Miar - Tendenz steigend. Die dann doch noch notwendigen Steuererhöhungen verbesserten die Lage nur geringfügig, trugen aber zur Wahlniederlage der Demokraten in diesem Jahr bei. Aufgrund ähnlicher Mechanismen wie in Erhards BRD zog nun auch die Inflationsrate an: von 3% 1967 auf 9% 1973.

Aber die Staatsverschuldung war nicht alles. Die US-Industrie hatte sich allzu lange auf ihren Lorbeeren ausgeruht und vom Vorsprung gezehrt, den sie 1945 erreicht hatte. Inzwischen waren ihr in Japan, Westeuropa (v.a. BRD) und sogar der 3. Welt gefährliche Konkurrenten erwachsen. So wuchs allein der Anteil der 3.Welt (v.a. "kleine Tiger" und grosse Staaten Lateinamerikas) am Welthandel von 5% 1970 auf 10% 1980. Die veralteten industriellen Produktionsstrukturen und die antiquierten Produktpaletten rächten sich jetzt. Allein die Autoindustrie verlor erhebliche Marktanteile an die Konkurrenz aus Japan und der BRD. So überstiegen 1971 die Importe zum

ersten Mal seit 1893 die Exporte. Eine auf Jahre chronisch negative Handelsbilanz war die Folge. An der Wallstreet ging der Dow-Jones-Index von 985 Punkten (1968) auf 631 Punkte im Mai 1971 zurück. 1970 stagnierte zum ersten Mal seit Jahrzehnten das BSP. Und schliesslich stieg die Arbeitslosigkeit von 3,3% (1968) auf 6% (1970) - Tendenz steigend. Auch die USA erlebten somit eine Stagflation.

Anfang August 1971 kam die offene Dollarkrise noch hinzu. Nach dem Bretton Woods-Abkommen von 1944 war der Dollar die Weltleitwährung. Dies beruhte auf der Zusage der USA, Auslandsguthaben in Dollar jederzeit zu günstigem Kurs in Gold umzuwechseln. Die im Krieg angehäuften gigantischen Goldreserven von Ford Knox hatten dieses Versprechen möglich gemacht. Doch bis 1968 waren diese Goldreserven weitgehend aufgebraucht, da v.a. F immer wieder auf dem Goldumtausch bestanden hatte. Es bahnte sich nun eine Dollarkrise an. Sie kam zum offenen Ausbruch, als der britische Botschafter Lord Cromer, den Umtausch von \$3 Mrd verlangte, um die Zahlungsschwierigkeiten seines Landes zu bekämpfen.

Präsident Nixon, der bis dahin der Entwicklung fast tatenlos zugesehen hatte, mußte nun handeln. Er traf sich mit seinen Wirtschaftsberatern ausgerechnet am Freitag, den 13. August 1971 in Camp David. Das Ergebnis der Beratungen, die das ganze Wochenende beanspruchten, war passend zum Datum ihres Beginns. Am 15 August verkündete Nixon eine radikale Wende in der Wirtschaftspolitik. Preise und Löhne wurden eingefroren und Importzölle erhöht. Zudem verkündete Nixon das Ende der Goldkonvertibilität des Dollars und damit das Ende des Bretton-Woods-Systems. Damit gewannen die USA Freiraum zur Abwertung des Dollar und zur Schaffung eines künstlichen kurzfristigen Booms, der sich im Wahljahr 1972 voll auswirken sollte. Wallstreet jubelte und der Dow-Jones-Index kletterte um 30 Punkte. Im Wall Street Journal schrieb der Wirtschaftsprofessor Milton Friedman, der für seine abenteuerlichen Vorstellungen noch berühmt werden sollte und dafür natürlich einen Nobelpreis erhielt: "I applaud ending the fiction that the dollar is convertible into gold".

Die Folgen waren jedoch monströs. Die USA exportierten mit diesen Massnahmen ihre Inflation. Allein die dt. Bundesbank war bereits mit \$14.5 Mrd. überschwemmt worden und musste nun befürchten, dass die Abwertung des Dollars ihre Geldreserven dezimieren würde. Ähnlich ging es anderen Nationalbanken. Die Verbündeten der USA waren dementsprechend empört. Der Stil von Nixons wirtschaftspolitischer Wende trug obendrein nicht gerade zur Verbesserung der Stimmung bei. So wurde etwa die japanische Regierung nur 10 Minuten vor Nixons Fernsehansprache über deren Inhalt informiert. In Tokio sprach die Presse von einem wirtschaftlichen Pearl Harbor in umgekehrter Richtung. In London tobte der PM Edward Heath. In Bezug auf den amerik. Finanzminister Conally, der einst in Kennedys

offenem Wagen gesessen hatte, als neben ihm der Präsident erschossen wurde und der jetzt massgeblich an Nixons Wirtschaftspaket mitgestrickt hatte, fluchte Heath: "I knew they killed the wrong man in Dallas."

Das ganze Weltwährungsgefüge geriet in der Folgezeit ins Wanken. Allein 1973 wurde der Dollar um 8% abgewertet, während der japanische Yen um 16,9% und die DM um 5% stiegen. Insgesamt verlor der Dollar gegenüber der DM zwischen 1970 und 1974 beinahe die Hälfte seines Wertes. Überdies explodierte der Weltgeldmarkt. Zwischen 1970 und 1974 stiegen die internationalen Geldreserven um 168%. Eine riesige Inflationswelle raste auf die Weltwirtschaft zu.

Anfang 1973 schaffte Nixon die Lohn- und Preiskontrollen wieder ab. Die Inflation in den USA verschärfte sich weiter und erreichte 1974 12%, um für den Rest der 70er Jahre nie mehr unter 10 % zu sinken. Gleichzeitig sank die industrielle Produktion um 15%, während die Arbeitslosigkeit auf 9% stieg. Bei letzterem kam erschwerend hinzu, dass immer mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt strömten. Die "baby boomers" der Nachkriegszeit wurden allmählich erwachsen und suchten Jobs. So wuchs die Gesamtzahl der vorhandenen Arbeitskräfte zwischen 1965 und 1980 um 40% = 30 Mio Menschen. Da obendrein immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt strömten, nicht zuletzt um das sinkende Realeinkommen der Familien auszugleichen und die Früchte verbesserter Ausbildungsmöglichkeiten für junge Frauen zu ernten, traf die Rezession die USA zu einem besonders ungünstigen Zeitpunkt: für die neuen Arbeitskräfte gab es nicht genug Arbeit.

Unter der Führung der USA ging die westliche Welt einer schweren Krise entgegen, da der Motor des Aufschwungs nach dem 2.WK nun böse stotterte. Die über den Atlantik und den Pazifik strömenden Inflationsschübe verbunden mit der Abwertung des Dollar schwächten überall das Wirtschaftswachstum und sorgten für steigende Arbeitslosigkeit.

Von der Welpresse und den grandiosen Wirtschaftsfachleuten beinahe unbemerkt hatte Nixons Abwertungspolitik aber auch noch einen Nebeneffekt, der schon bald enorme Folgen zeitigte. Der sinkende Dollarkurs bewirkte nämlich erhebliche Einnahmeverluste für die erdölexportierenden Staaten, wurde Öl doch ausschliesslich in der US-Währung abgerechnet. Am 22. September 1971, in Beirut verabschiedete die „Organization of Petroleum Exporting Countries“ (OPEC) dementsprechend folgende Resolution:

"Noting that these developments have resulted in a de facto devaluation of the US dollar, the currency in which posted prices are established, vis-a-vis the currencies of the major industrialised countries ... the conference resolves that Member countries shall take necessary action and/or shall

establish negotiations, individually or in groups, with the oil companies with a view to adopting ways and means to offset any adverse on the per barrel real income of member countries resulting from the international monetary developments as of August 15.”

Der Saudi Arabische Ölminister, Scheich Zaki Yamani, sprach bereits von der Möglichkeit eines Ölboykotts, um die Forderung nach Ausgleich der Einkommensverluste durchzusetzen. Tatsächlich erreichten einige Ölstaaten im folgenden Jahr eine erste Erhöhung des Preises pro Barrel Erdöl um 30 bis 90 Cents. Schwere Gewitterwolken zogen auf.

2. Von der Energiekrise in die Rezession

Am 6. Oktober 1973 donnerten am Suezkanal plötzlich die Kanonen. Die internationale Öffentlichkeit war völlig überrascht. Am meisten überrascht aber waren die Israelis, die nicht damit gerechnet hatten, am Yom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, überfallen zu werden. Noch überraschter waren sie, als es den Ägyptern gelang, die angeblich unüberwindlichen Verteidigungsstellungen, die die Israelis seit 1967 am Ostufer des Kanals errichtet hatten, zu überrennen. Damit aber nicht genug. Als die Israelis mit ihren überlegenen Panzerverbänden einen Gegenangriff starten wollten, erlitten sie hohe Verluste wegen der modernen Panzerabwehrraketen des Feindes. Ähnlich erging es der israelischen Luftwaffe, die empfindlich durch feindliche Raketen getroffen wurden. Die Überraschung war komplett, als die Israelis feststellen mussten, dass sie von Norden her auch noch durch hochmodern ausgerüstet syrische Truppen angegriffen wurden und um die Golanhöhen eine erbitterte Schlacht tobte.

Weitgehend unbemerkt hatten die Sowjets in den letzten Jahren ihre arabischen Freunde mit Waffen bester Qualität ausgerüstet. Gleichzeitig hatten der ägyptische Präsident Anwar El Sadat und sein syrischer Amtskollege Hafiz El Assad einen koordinierten Angriffsplan abgesegnet, der die Ergebnisse des 6-Tage-Krieges von 1967 rückgängig machen sollte.

Gegen diesen Zangenangriff gerieten die Israelis in eine verzweifelte Situation, zumal ihre Munitionsvorräte zur Neige gingen. V.a. aber brauchten sie dringend modernste Waffen und Ausrüstung, um sich der hochgerüsteten Feinde zu erwehren. Dieses Material konnte nur aus den USA kommen. Washington zögerte jedoch vorübergehend, diese Hilfe sofort und in vollem Umfang zu gewähren. In dieser Lage kam die israelische Regierung zu einer extremen Entscheidung: Washington wurde davon informiert, dass Israel nicht zögern würde, seine streng geheimen A-Waffen einzusetzen, falls die USA nicht sofort mit einer grosszügigen Luftbrücke helfen würde (Siehe

Seymour M. Hersh, The Samson Option. Israel, America, and the Bomb, New York 1991). Vor dieser Drohung knickte Washington ein.

Washington bat seine europäischen Verbündeten um Überflugrechte für eine Luftbrücke nach Israel. Eine Routineanfrage, so schien es. Doch da geschah etwas Erstaunliches. Alle europ. Partner erklärten unisono, daß die USA nicht nur nicht ihr Territorium überfliegen durften, um Israel zu helfen, sondern den USA wurde sogar glatt die Benutzung ihrer eigenen Militärbasen in Europa zu diesem Zweck verboten. So etwas hatte es seit dem 2.WK nicht gegeben. Jetzt rächte sich die rücksichtslose Behandlung der Verbündeten in wirtschaftl. Fragen.

Nur Portugal war zur Kooperation mit den USA bereit. So mußte die Luftbrücke von den Azoren aus aufgebaut werden. Das reichte immer noch, um Israel rechtzeitig zu versorgen, sodass der Krieg nicht mit einer Katastrophe für das Land endete, sondern mit einem Unentschieden, wenn nicht gar mit einem milit. Sieg.

Die westeurop. Staaten hatten Israel und den USA auch deshalb ihre Mithilfe verweigert, weil sie sich vor der Rache der erdölproduzierenden Länder in der arabischen Welt fürchteten. Die Europäer hatten die Lage richtig gesehen. Kaum begann die amerik. Luftbrücke nach Israel zu greifen, da beschloss die OPEC ein sofortiges Ölembargo gegen alle Staaten, die Israel halfen. Mindestens ebenso ging es aber wohl auch um die schon im Sept. 1971 angekündigten Versuche, die Öleinnahmen vor dem sinkenden Dollarkurs in Sicherheit zu bringen. In jedem Fall drosselte die OPEC die tägliche Ölproduktion um ein Viertel, verdoppelte den Preis pro Barrel und erreichte damit beinahe eine Vervierfachung des Weltmarktpreises für Öl.

Das Ergebnis war Panik. Trotz seiner neutralen Haltung wurde Europa vom "Ölboykott" genauso getroffen, wie die USA - vielleicht sogar noch mehr, denn Westeuropa verfügte zu diesem Zeitpunkt über keine nennenswerten Ölfelder. Überall explodierten die Benzin- und Heizölpreise. Die Regierungen rationierten Benzin und beschlossen autofreie Sonntage. - War das ein Vergnügen: Radfahren, Rollschuhfahren, Fussballspielen auf Autobahnen. - Aber vor den Tankstellen in Europa und Nordamerika bildeten sich riesige Schlangen wütender Autofahrer. Die umweltpolitisch zweifellos vernünftigen Aspekte der Ölkrise waren ihnen zumeist egal.

Wirtschaftlich aber erwischte die Ölkrise die Welt auf dem falschen Fuss. Die kapitlaist. Weltwirtschaft durchlebte ohnehin schon schwere Zeiten. Doch nun wurde sie auch an einem empfindlichen Nerv getroffen: die billigen Energiepreise, die so viel zum Goldenen Zeitalter beigetragen hatten. Man mag über Autos denken, was man will, aber die Automobilindustrie war nun

einmal ein entscheidender Motor der Konjunktur. Sie geriet jetzt in eine schwere Rezession, die sich sofort auf den Rest der Wirtschaft auswirkte. Arbeitslosigkeit, Stagflation und die Defizite der Staatshaushalte begannen jetzt erst richtig zu blühen. Im Bewusstsein der Menschen wurde der weithin sichtbare Ölschock zum Fanal für die Beendigung des Goldenen Zeitalters.

Dabei war die OPEC wirklich nicht allein schuld. Die Krise war ja schon vorher da. Sie wurde jetzt nur verschärft. Überdies hatte die Explosion der Ölpreise auch ihr Gutes. Ein Teil der inflationären Milliarden auf den internationalen Finanzmärkten wurde nun von den ölproduzierenden Ländern absorbiert, die diese Gelder entweder als Direktinvestitionen in die Industrieländer zurückfließen ließen oder damit lukrative Aufträge für den Aufbau der eigenen Länder vergaben. Diese Aufträge gingen natürlich zumeist an westl. Firmen. Am schlimmsten traf der Ölschock eigentlich jene Länder der 3. Welt, die nicht selbst Öl produzierten. Wie z.B. Indien. Doch wer kümmerte sich schon darum? Dennoch erwischte die Ölkrise die westlichen Ökonomien massiv und löste eine schwere Rezession aus.

Auch die jap. Wirtschaft wurde voll getroffen, denn das Land verfügte über keinerlei eigene Ölvorkommen und war als Exportnation zudem extrem abhängig von einem Weltmarkt, der nun in eine tiefe Rezession geriet. Die Wachstumsrate des jap. BSP sank deshalb von 24,6% (1970) über 4,7% (1975) auf immerhin noch 5,5% (1980).

In dieser Lage kam alles darauf an, ob sich die westl. Volkswirtschaften an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen würden. Sie taten sich enorm schwer, und die mangelnde Bereitschaft neue Wege zu gehen, verschlimmerte die Krise lange Zeit. Immerhin begannen europ., v.a. dte, und japanische Automobilkonzerne nach anfänglichem Wehklagen die logischen Konsequenzen zu ziehen: es wurden nun PKWs mit deutlich geringerem Benzinverbrauch gebaut. Selbst die habituellen Benzinschlucker von Mercedes und BMW wurden nun so konstruiert, dass die neuen Modelle bald nur noch mit der Hälfte des Treibstoffs auskamen. Nur in den USA produzierten die Automobilgiganten weiterhin bezinfressende Dinosaurier, die schon bald immer weniger Abnehmer fanden. Der sparsame VW-Käfer („Beetle“) begann seinen Siegeszug nun auch auf amerikanischen Strassen.

Doch all dies waren nur Symptome der grundlegenden Krise. Die massenproduzierende Industriegesellschaft war sichtlich an ihre Grenzen gestossen. Hinzu kamen ja noch die Umweltprobleme, die gerade in jenen Jahren immer mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit traten und erste gesetzgeberische Massnahmen in den USA und vielen europ. Staaten bewirkten. Eine Neuorientierung war dringend nötig, weg v.a. von der traditionellen Schwerindustrie mit ihren hohen Löhnen, schweren

Umweltschäden und Produkten, die immer weniger interessierten. Der Umbau ganzer Volkswirtschaften war unumgänglich geworden und begann bereits im Kleinen: in einer Garage experimentierte ein gewisser Paul Gates mit einem Abfallprodukt der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie: Computer für die breite Masse. Anderswo gründeten ein paar verrückte Nerds die Firma Apple/Macintosh. Einer dieser Nerds hiess auch noch Steve Jobs – und er sollte tatsächlich noch massenhaft Jobs kreieren. Doch bis dahin war es weiter Weg. Aber die Dienstleistungsrevolution bereitete sich vor und damit ein neues Milliardengeschäft.

Doch der unterschwellig beginnende Umbau der Wirtschaft machte sich einstweilen kaum bemerkbar. Die Krise hielt vielmehr während der gesamten 70er Jahre an und verschlimmerte sich sogar noch, zumal die OPEC 1979 erneut die Muskeln spielen ließ und den Erdölpreis noch einmal drastisch erhöhte. Vor diesem Hintergrund stellte sich schliesslich die Grundsatzfrage nach dem Fortbestand des sozialdemokratischen Erfolgsrezepts der goldenen Jahre, des sozialen Kapitalismus und des Wohlfahrtsstaats. Längst waren noch nicht alle Wünsche in Bezug auf soziale Absicherung, geschweige denn soziale Gerechtigkeit erfüllt. Doch die Kosten für den Sozialstaat waren bereits immens: über 50% der Staatsausgaben in mehreren europ. Ländern. Die Rezession und die wachsenden Haushaltsdefizite liessen sie allmählich als untragbar erscheinen. Überdies hatte der sozio-kulturelle Reformeifer sozialdemokratischer Regierungen, etwa in Schweden, der BRD und in GB, viele alte Zöpfe abgeschnitten und manche Verkrustungen aufgebrochen. Viel war erreicht worden, was war noch zu fordern? Da gab es zweifellos noch viele Dinge, angefangen beim neuen Thema Umweltschutz. Aber all dies kostete Geld, und Geld war in Zeiten der Rezession nur noch auf dem Wege konfliktträchtiger Umverteilungspolitik für soziale und kulturelle Projekte zu gewinnen. Dies aber versties gegen die eingefahrene sozialdemokratische Strategie, Veränderungen nicht durch Umverteilung sondern durch Abschöpfung der durch Wachstum produzierten Zusatzeinnahmen zu finanzieren. Sozialdemokrat. Politik stiess hier an eine Barriere, die sich auf die polit. Entwicklung der 70er Jahre direkt auswirkte.

Im Jahre 1976 ging in den USA die Herrschaft der Republikaner einstweilen zuende. Der biedere Gerald Ford, der dem gescheiterten Richard Nixon im Amt gefolgt war, war mit den Problemen der USA nicht fertig geworden. Henry Kissinger hatte für ihn in seiner unnachahmlichen Art die Außenpolitik geführt. Doch in der Wirtschaftspolitik entstand phasenweise der Eindruck, dass der selbsternannte Wirtschaftsfachmann Helmut Schmidt, im Nebenberuf Bundeskanzler der BRD, bei seinen fortwährenden Telefonaten mit Ford und Besuchen in den USA zum eigentlichen Chefberater des Präsidenten der Weltmacht aufgestiegen war. All dies, wie auch die Immunitätserklärung für Nixon machte Ford nicht populärer. Böse Witze

kursierten, Ford sei zu dumm, um gleichzeitig spazieren zu gehen und Kaugummi zu kauen. Das war nicht fair, verlor ihm aber die Wahl.

Neuer Präsident wurde der Demokrat Jimmy Carter, Erdnussfarmer und frommer Baptist aus Georgia. Carter war ein wohlmeinender und ehrlicher Mann, der heute grosses Ansehen genießt. Sein gegenwärtiges Ansehen ist allerdings deutlich grösser als zu seiner Amtszeit. Denn damals stiegen ihm die Probleme, die er nicht geschaffen hatte, über den Kopf. Seine Strategie zur Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit war widersprüchlich und wankelmütig, doch im Kern folgte sie dem alten New Deal Rezept: mehr Staatsausgaben, weniger Steuern, höhere Staatsverschuldung. Bis 1977 gelang es ihm immerhin auf diese Weise, die Arbeitslosenquote von 8 auf 7% zu drücken, dafür wuchs die Inflationsrate beständig. Am Ende seiner Amtszeit, im Jahre 1980, war dann schliesslich die Lage auf allen Gebieten furchtbar. Die Arbeitslosenquote lag bei 7,5%, die Inflation bei 13% und die Zinsen erreichten die Rekordhöhe von 20%. Kein Wunder, dass Carter die Wahl dieses Jahres entscheidend verlor.

Doch auch in Europa fiel den sozialdemokratischen Äquivalenten zu den New Dealern nicht mehr viel ein. In Grossbritannien gingen für die Labour Party für lange Jahre die Lichter aus, als die Regierung Callahan 1979 nach einem furchtbaren "winter of discontent", in dem sie mit reformunwilligen Gewerkschaften aneinander geraten war, die Unterhauswahlen krachend verlor. Labour waren zum Thema Stagflation nur Haushaltskürzungen und sinnlose Kämpfe um Details des Wohlfahrtsstaates eingefallen. "Labour isn't working" hatten die siegreichen Tories effektivvoll auf ihre Wahlplakate geschrieben, die lange Schlangen vor den Arbeitsämtern zeigten. Unter Margaret Thatcher sollten aus diesen Schlangen dann allerdings wahre Lindwürmer werden.

In der BRD schleppte sich die sozial-liberale Koalition mühsam dahin. Nach dem Rücktritt Willy Brandts war 1974 der rhetorisch brillante "Macher" Helmut Schmidt Kanzler geworden. Er mühte sich redlich und politisch lange Zeit recht erfolgreich, vor allem gegenüber dem, im Vergleich zu ihm, reichlich unbeholfen wirkenden CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Aber an der sich auch in der BRD verschlimmernden Wirtschaftskrise, konnte Schmidt wenig ändern. Zum Entsetzen vieler Ökonomen fiel ihm dazu nur gut sozialdemokratisch ein, daß 5% Inflation immer noch besser seien als 5% Arbeitslosigkeit. So näherte er sich schließlich beiden Werten gleichzeitig an und geriet in dieselbe Zweckmühle wie Jimmy Carter. Als der liberale Koalitionspartner dieses Spiel nicht mehr mitspielen wollte, verlor Schmidt 1982 sein Amt, und die Sozis wurden für 16 Jahre aus der Regierungsverantwortung in Bonn gedrängt.

Nur F schien quer zum Trend zu liegen, als es 1981 Francois Mitterand zum

ersten sozialist. Präsidenten der 5. Republik wählte. Doch dessen sozialdemokrat. Politik des Ausbaus des Wohlfahrtsstaats und der erhöhten Staatsausgaben endete nach zwei Jahren in erhöhter Inflation, erhöhter Arbeitslosigkeit und wiederholten Abwertungen des Francs. Danach vollzog Mitterrand eine Kehrtwende, die ihn von den traditionellen sozialdemokrat. Rezepten immer weiter entfernte.

Das sozialdemokratische Modell, die Politik des New Deal und die Wirtschaftsphilosophie eines John Meynard Keynes, die der westlichen Welt in den 50er und 60er Jahren Goldene Zeiten beschert hatten, schienen Anfang der 80er Jahre zu Auslaufmodellen verkommen zu sein. Dafür hatten die Krisen der 70er Jahre offensichtlich gesorgt. Auf der anderen Seite hatte die wirtschaftliche Strukturkrise Anpassungs- und Modernisierungsmechanismen ausgelöst, die langfristig neue Chancen für die Zukunft eröffneten. V.a. aber war der Kapitalismus über die grösste Krise seit dem 2.WK hinweggekommen, ohne zusammenzubrechen. Eine wirkliche wirtschaftl. Katastrophe, wie Anfang der 30er Jahre, war nicht zuletzt wegen der verbesserten internationalen Kooperation verhindert worden. Nixons Extratouren zu Beginn der 70er hatten gezeigt, dass nur internationale Zusammenarbeit Krisen in der globalisierten Wirtschaft im Zaum halten konnten. Nixons Nachfolger und die anderen Regierungschefs der westlichen Welt hatten deshalb zunehmend nach gemeinsamen Strategien gesucht. Daraus entwickelte sich Anfang der 80er Jahre der G 7 - Mechanismus, die Zusammenkunft der grossen Wirtschaftsmächte. Auch wenn hier so manches schief lief, so konnte doch der allgemeine Krach verhindert werden. Der Westen überstand seine Krise zwar beschädigt, aber im Kern intakt.

3. Der Osten lächelt

Während der Westen in den 70er Jahren wirtschaftliche Höllenqualen durchmachte, ging es dem Ostblock ausgesprochen gut. Die osteuropäischen Staaten wurden natürlich im Prinzip genauso hart vom Ölschock getroffen, denn sie besaßen kaum eigene Ölquellen. Auch für Rumänien kam die Ölpreisexplosion zu spät, denn die einst so reichen Ölfelder waren weitgehend aufgebraucht. In der SU ging der Ertrag der Ölfelder am Kaspischen Meer Anfang der 70er Jahre drastisch zurück. All dies hätte in die Katastrophe führen können. Doch die Natur meinte es gut mit dem real existierenden Sozialismus. 1965 entdeckten sowjet Geologen im sibirischen Tyumen ein Erdgasfeld, das 2 Trillionen Kubikmeter Erdgas enthielt. Ähnliche Entdeckungen folgten. Überdies fand man gigantische Erdölvorkommen in Sibirien und Kasachstan, sodass die Produktion trotz des Niedergangs von Baku von 1970 bis 1980 fast verdoppelt werden konnte. Die SU wurde zu einem der größten Erdölproduzenten der Welt. Da im gleichen Zeitraum der

Weltmarktpreis explodierte, fiel ein wahrer Devisenregen auf das Land. Der Kreml konnte es sich deshalb erlauben, grosszügig zu sein und belieferte seine Klientelstaaten in Osteuropa mit Öl weit unter dem Weltmarktpreis. Der Ölschock ging deshalb am Ostblock nicht nur spurlos vorüber, sondern bescherte der SU zudem Extraeinnahmen in Milliardenhöhe. Damit liess es sich trefflich Politik machen und nebenher die eigenen Rüstungsanstrengungen finanzieren, sowie die Wirtschaft mit westlicher Technologie ausrüsten. Kein Wunder also, dass Breschnew nach dem Helsinki-Abkommen 1975 in so blendender Laune war. Verglichen mit dem krisengeschüttelten Westen war die SU obenauf.

Der Lebensstandard im Ostblock verbesserte sich unter diesen Umständen, zumal Länder wie die DDR, Polen und die CSSR den inflationären Geldüberschuss im Westen mit Milliardenkrediten abschöpften. Sogar im bulgarischen Sofia mehrten sich die Zeichen des Wohlstandes, wurde die Hauptstadt doch täglich im Verkehrschaos von Privatfahrzeugen erstickt. Die Wohnungen wurden im Winter gnadenlos überheizt, denn billiges Erdöl für die Fernwärmefabriken war im Überfluss vorhanden.

All dies bedeutete allerdings auch, dass der Modernisierungsdruck, unter dem der Westen stand, am Ostblock spurlos vorüber ging. Dort wurde im alten Stil weitergewirtschaftet, finanziert durch Pump und durch die Bonanza des sowjet. Ölbooms. Auf diese Weise verschliefen die gerontokratischen Herren in den Politbüros die Zeichen der neuen Zeit, die im Westen, aus der Not geboren, gerade anbrach. Überdies aber begingen die vor Selbstbewußtsein strotzenden Führer im Kreml den folgenschweren Fehler, durch auftrumpfendes Vorgehen die Entspannungspolitik zu untergraben. Sie forderten damit einen Westen heraus, der keineswegs das Ende seiner Leistungsfähigkeit erreicht hatte, aber im hohen Maße gereizt war. Und bekanntlich sind angeschlagene Boxer besonders gefährlich...